

Streitzeit

■ Missbrauch stoppen!

Der Missbrauch von Leiharbeit nimmt immer mehr zu. Viele Arbeitgeber reduzieren die Leiharbeit nicht, sondern bauen sie sogar weiter aus. Im Juni 2015 waren in Deutschland über 960.000 Menschen in Form von Leiharbeit beschäftigt. Im Vergleich zum Juni 2013 sind das fast 100.000 Beschäftigte mehr.

Problem Werkverträge

Neben zeitlich befristeten Arbeitsverträgen und Leiharbeit haben die Arbeitgeber mit dem Werkvertrag einen weiteren Weg für sich entdeckt, die Schutzmechanismen des Arbeitsrechts auszuhebeln. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung stuft viele

Werkverträge als rechtlich problematisch ein.

Alle Branchen betroffen

Der DGB Bayern stellt branchenübergreifend eine zunehmende Spaltung der Belegschaften durch Leiharbeit und Werkverträge fest. Es besteht eine Art Mehrklassengesellschaft in den Betrieben und Dienststellen. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen werden schlechter bezahlt und schlechter behandelt als die Stammelegschaft, sei es in der Automobilindustrie, im Baugewerbe oder im Krankenhaus. Lohn dumping und geringere Sozialstandards sind die Folgen. Damit nimmt auch der Druck

auf die Stammelegschaften zu.

Regulierung notwendig

Eine sinnvolle Nutzung der Leiharbeit und Werkverträge stellt niemand in Frage. Wo jedoch Löhne gedrückt, Arbeitnehmerrechte unterlaufen und Mitbestimmungsrechte ausgehebelt werden, ist die Grenze deutlich überschritten. Leiharbeit muss auf seine Kernfunktion der Spitzenabdeckung zurückgeführt werden. Werkverträge müssen besser von der Leiharbeit abgegrenzt werden. Der DGB Bayern fordert von den politisch Verantwortlichen, dem systematisch betriebenen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich ein Ende zu setzen.

■ Koalitionsvertrag dank CSU auf Eis

Im Koalitionsvertrag schreiben Union und SPD fest: „Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden wir verhindern.“ Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften halten diese Vereinbarung weiterhin für richtig. Die Koalition hat sich darauf verständigt, „die Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen hin zu orientieren. Auch „rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen verhindert werden.“ Es ist mehr als befremdlich, dass das geplante Gesetz vor allem durch Druck des Koalitionspartners CSU und der Arbeitgeber auf Eis liegt. Wir brauchen ein wirksames Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Lasst uns am Samstag, den 9. April 2016 auf der Kundgebung in München Druck für eine faire Arbeitswelt machen. Mehr Infos gibt es bei Euren Gewerkschaften und den DGB-Regiongeschäftsstellen.

ViSdP Julia Kerzel
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089-51 700-210
Telefax: 089-51 700-211
E-Mail: bayern@dgb.de

Wir lassen uns nicht spalten!
Kommt zur Kundgebung am
9. April 2016 in München
11 Uhr, Odeonsplatz
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit –
den Missbrauch von Leiharbeit und
Werkverträgen beenden!